

## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 19.10.2022

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-Roßlau

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 36 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, zieht die unter dem Tagesordnungspunkt 7.15 eingeordnete Fraktionsvorlage 021/2022/AfD „Resolution des Stadtrates Dessau-Roßlau zur inflationären Preisentwicklung für Heizkosten, Energie, Lebensmittel und die dadurch zu erwartenden Auswirkungen für unsere Bürger, unsere Wirtschaft und unsere gesamte Gesellschaft“ **zurück**. Diese wird überarbeitet und neu eingereicht.

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.2022**

Die Niederschrift vom 14.09.2022 wird genehmigt (29:00:07).

- 4 Berichte des Oberbürgermeisters**

- 4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert über folgende Angelegenheiten:

- Übergabe der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau an Herrn Wieland Böhme  
Herr Böhme ist Gründungsmitglied der Volkssolidarität und wurde für sein langjähriges Engagement und seine langjährige Tätigkeit geehrt.

Am 11.10.2022 fand die abschließende Diskussion des Projektes Zukunftsreise im Bauhausmuseum mit ca. 100 Gästen statt. Dort wurden auch die Ideen der Bürgerinnen und Bürger vorgestellt.

Die Stadt Dessau-Roßlau erhält Zuwendungen aus dem Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ in Höhe von 3.149.011,62 Euro. Die Stadt hat sich gemeinsam mit den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg als Modellregion für ein 365-Tage-Ticket bei der Nahverkehrsgesellschaft (NASA) beworben.

Gemeinsam mit dem Stadtratsvorsitzenden, Herrn Rumpf, war er in Argenteuil, wo insbesondere der Partnerschaftsvertrag aktualisiert und bekräftigt wurde. Es bestand auch die Möglichkeit, mit Unternehmensvertretern ins Gespräch zu kommen. Es zeigt sich, dass die seit Jahrzehnten bestehende Partnerschaft zwischen Dessau-Roßlau und Argenteuil gelebt wird, auch im Bildungsbereich. Es gibt Schulpartnerschaften, die zum einen schon bestehen, aber jetzt auch neu angegangen werden können. Gleichzeitig wurde bei dem Besuch auch eine Bauhausausstellung eröffnet.

Seit dem 27. Juni 2022 wurden 38 Personen eingebürgert. Darunter acht Frauen, 14 Männer und 16 Kinder. Die Eingebürgerten stammen aus Syrien, Kolumbien, Pakistan, dem Irak, dem Iran, der Ukraine und der Türkei.

Am Flugplatz wurden im Rahmen von Sondierungen sechs Stabbrandbomben gefunden.

Bewerbung zur Bundesgartenschau: Für eine Machbarkeitsstudie wurden seitens des Stadtrates die entsprechenden Mittel freigegeben. Die Ergebnisse dieser Studie liegen vor. Dieser Berichtsteil soll dafür genutzt werden, über den aktuellen Stand der Arbeiten zu informieren, was jedoch nur eine Erstinformation darstellt. Die dazugehörigen Aussprachen und Diskussionen werden noch in den Fachausschüssen geführt. Am 24. Oktober 2022, 17:00 Uhr, wird es in der Marienkirche eine Informationsveranstaltung für interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Thema Bundesgartenschau geben. Es wurden und werden Gespräche mit dem Land geführt, um für eine Unterstützung zu werben.

Das Wort wird an Herrn Martin Seebauer von der SWUP GmbH Landschaft/Stadt/Kommunikation zur Vorstellung der Inhalte der BUGA-Machbarkeitsstudie übergeben. **Die Vorstellung erfolgt in Form einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist.**

Während der Power-Point-Präsentation erscheinen Herr Focke und Herr Puttkammer von der CDU-Fraktion zur Sitzung. (38)

## **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 14.09.2022 die „Verleihung der Fritz-Hesse-Medaille“ der Stadt Dessau-Roßlau beschlossen wurde.

Zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, zur Sitzung. (39)

## **4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt bekannt, dass keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum getroffen wurden.

## **5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr**

**Herr Professor Schmidt** stellt an Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck als Vorsitzender des Aufsichtsrates der DWG die Frage, was mit dem Wohngebäude der DWG in der Ferdinand-von-Schill-Straße 19/20 passiert, also welche Ideen die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft zum Umgang mit diesem Haus hat.

Das Wort wird zur Beantwortung der Frage an den **Geschäftsführer der DWG, Herrn Florian**, übergeben. Er führt aus, dass in der Wirtschaftsplanung für das kommende Jahr der Rückbau des Objektes vorgesehen ist. In der letzten Aufsichtsratssitzung der DWG im September wurde der Rückbau mehrheitlich beschlossen. Eine wirtschaftliche Sanierung ist aufgrund des aktuellen Förderszenarios, den zu erwartenden Mietzinsen und der Nachfragesituation des dort vorhandenen Wohnraumes, nicht möglich.

**Herr Professor Schmidt** fragt nach, ob es sich bei dem Rückbau um einen Komplettabriss handelt und welche Stellung das zuständige Amt für Stadtplanung dazu nimmt.

Rückbau heißt an dieser Stelle Abriss, erwidert **Herr Florian, Geschäftsführer der DWG**. Die Stadtverwaltung unterstützt diese Intention, ergänzt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**.

## **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **6.1 Ausführungen zum Haushalt 2023 durch Frau Bürgermeisterin Nußbeck**

Die von **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** dargelegten **Ausführungen zum Haushalt 2023** sind der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

### **6.2 Tätigkeitsbericht der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Berichtszeitraum 09/2020 bis 09/2022 Vorlage: IV/056/2022/I-GSB**

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

**Herr Ortsbürgermeister Jacob-Uwe Weber** bringt die Anliegen des Ortschaftsrates Mosigkau vor, da es trotz zahlreicher Anfragen in den Ausschüssen nicht gelungen ist, eine korrekte Beantwortung der Anliegen durch die Verwaltung herbeizuführen.

#### **1. Antrag für Haushaltsmittel 2023 zur Blaualgenbekämpfung im Naturbad Mosigkau (Mühlenteich)**

Der Ortschaftsrat Mosigkau bittet den Stadtrat, das Tiefbauamt zu einer konkreten Maßnahmeplanung aufzufordern und die daraus resultierenden Kosten für die Umsetzung im Frühjahr 2023 in den Haushalt einzuplanen. Eine wiederholte Schließung des Naturbades während der Badesaison ist nicht hinnehmbar.

#### **2. Antrag für ein Planfeststellungsverfahren B 185 zwischen Bauernreihe und Phillip-Müller-Straße**

Der Ortschaftsrat Mosigkau bittet den Stadtrat um Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die oben genannte Maßnahme. Diese Baumaßnahme ist zwingend erforderlich, um die Fahrradverkehrsanbindung der Ortschaft Mosigkau herzustellen und den zunehmenden Lkw-Verkehr langfristig abzusichern.

Dem Ortschaftsrat ist bewusst, dass ein solcher Beschluss und eine solche Planung viele Haushaltsmittel und eine geraume Kapazität im Tiefbauamt binden würde, jedoch wäre das nicht notwendig, wenn ein vorhandener Beschluss zur Planfeststellung durch die Stadtverwaltung im Sommer 2022 bei der übergeordneten Behörde beantragt worden wäre. Auch der Verweis, dass zukünftig keine Mittel für den Ausbau dieser Straße zur Verfügung stehen, ist für die Ortschaft unerheblich. Gegen-

stand von beantragten Fördermitteln ist immer das Vorliegen einer funktionierenden Planung.

### **3. Bitte um Auskunft zum Planungsstand der Baumaßnahme Ausbau der Mühlenstraße**

Der Ortschaftsrat Mosigkau bittet die Stadtverwaltung um Auskunft zum gegenwärtigen Planungsstand und den weiteren Ablauf der Ausbaumaßnahme Mühlenstraße.

Persönlich verweist **Herr Ortsbürgermeister Weber** darauf, dass die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den ehrenamtlichen Ortschaftsratsmitgliedern besser wäre, wenn die Ortschaftsräte und Ortsbürgermeister nicht als verlängerter Arm nörgelnder Bürger verstanden werden würden, sondern sich mit den Grundlagen der Zusammenarbeit gemäß des KVG beschäftigen könnten. So werden weiter in der Ortschaft Mosigkau Pachtverträge für Gewässer vergeben, ohne dass der Ortschaftsrat angehört wurde und Straßenbaumaßnahmen dem Ortschaftsrat nicht mitgeteilt. Diese Liste könnte beliebig erweitert werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, erfragt den Stand der Planung für die nächstjährige Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners, ob ein großflächiger Chemiekalieneinsatz geplant ist, oder wie im nächsten Jahr verfahren werden soll.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sagt Informationen im Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt zu.

**Herr Meister, Leiter des Amtes 63**, verweist auf die erfolgten umfangreichen Berichterstattungen, auch im Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt, zu den Maßnahmen und darüber, was diese Maßnahmen im letzten Jahr gebracht haben. Die Maßnahmen sollen wie im letzten Jahr durchgeführt werden. Allerdings soll mit der Befliegung zeitiger begonnen werden

**Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, erwidert, dass diese Antwort unbefriedigend ist. Er bittet um eine schriftliche Antwort. Er ist davon ausgegangen, dass die Befliegung eine einmalige Sache ist, da damit großflächig die Natur geschädigt wird. Er bittet darum, sich fachlich mit Alternativen auseinanderzusetzen, da die Befliegung nur das letzte Mittel für ausgewählte Flächen sein kann.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, erklärt, dass dieses Thema ausgiebig im Fachausschuss diskutiert werden kann.

Auf den Redebeitrag von Herrn Kaßner eingehend, verweist **Herr Adamek, CDU-Fraktion**, auf die ausführlichen Informationen zum Thema Eichenprozessionsspinner

im Fachausschuss und dass dieses Thema immer wieder auf der Tagesordnung steht.

Weiterhin geht **Herr Adamek, CDU-Fraktion**, auf die überdimensional gestiegenen Energiekosten ein und bittet bis zum 01.11.2022 (Beginn der Haushaltsdebatte) um die Darstellung der Entwicklung der Energiekosten (Strom/Gas) in den Städtischen Eigenbetrieben, Gesellschaften und der Verwaltung für die Jahre 2021, 2022 und voraussichtlich für 2023. Diese sollte den Jahresabschlüssen 2021, laufenden Betriebsergebnissen und Wirtschaftsplänen 2023 zu entnehmen sein.

Davon ausgehend, dass die Unternehmen Maßnahmen zum Energiesparen ergreifen, stellt sich die Frage, inwieweit die Stadt plant, die Unternehmen zu unterstützen und zu entlasten. Sind im Haushalt 2023 entsprechende Mittel eingestellt und wenn ja, in welcher Höhe für die jeweiligen Unternehmen?

Des Weiteren bittet **Herr Adamek, CDU-Fraktion, Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck** zu prüfen, ob es an den Adventswochenenden, wie in den vergangenen Jahren, möglich ist, im Stadtgebiet einen kostenlosen ÖPNV anzubieten.

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, bittet um Informationen zum Zustand des dringend benötigten Energiemanagements. Er hofft, dass das zur Chefsache erklärt und mit Hochdruck die Arbeitsfähigkeit hergestellt wird.

Richtig ist, dass bisher die offenen Energiemanagementstellen nicht besetzt wurden, entgegnet **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Es gibt aber, was die städtische Seite betrifft, bereits seit einigen Jahren das Thema Energiemanagement über externe Energieberater. Ab Januar wird das ausgeweitet, was nicht heißt, dass in den Bemühungen nachgelassen wird, die freien Stellen zu besetzen. Dieser Zwischenschritt wird zusätzlich umgesetzt. Gleichzeitig sind in den einzelnen Beteiligungen der Stadt diese Themen über Jahre schon bearbeitet worden. Es wurden auch einzelne Prüfpunkte definiert, wie z. B. die Ampelschaltung. Auch wurden die Temperaturen bei den städtischen Bädern, zumindest im Sportbad, angepasst.

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, geht auf die immer wieder zu den gleichen Konditionen ausgeschriebenen Stellenbesetzungen ein und stellt die Frage, inwieweit Neubewertungen machbar sind, um eine andere Attraktivität der betreffenden Stellen zu erhalten.

Es ist klar, dass die Stellen attraktiv bewertet werden müssen, erwidert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. In einiger Zeit wird im Stadtrat auch die Stellungnahme des Landesrechnungshofes zum Thema Personal behandelt. In gewissen Bereichen ist die Verwaltung vorbestimmt. Es wird die Möglichkeit der Aufgabenanreicherung zur Höherbewertung vorgenommen. Bestimmte Dinge können aber nicht geändert werden. Es gibt noch die Möglichkeit der Zulagenzahlung, was jedoch die Befürwortung aller beteiligten Tarifpartner erfordert. Neben dem Thema Vergütung werden

alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft. Die von Frau Nußbeck angesprochenen Investitionen im Verwaltungsbereich sind auch Teil eines attraktiven Arbeitgebers.

**Frau Perl, Fraktion SPD**, führt aus, dass der Umgang mit den Alten, Schwachen und Armen immer etwas über eine Stadt aussagt. Insofern stellt sie die Frage, ob die Stadtverwaltung Erkenntnisse hat, wie sich die Energiekrise auf die freien Träger in der Wohlfahrtspflege, im Jugend und Sozialbereich, auswirkt und ob die Energiekosten für das „Franztreff“ und das „Rosseltreff“ bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass die Situation der Träger bekannt ist. **Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration und in Vertretung des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung** anwesend, ergänzt, dass in den Haushaltsberatungen die Preissteigerungen für die Energiekosten prozentual berücksichtigt wurden. Sie sagt eine ausführliche schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, bittet aufgrund der schwierigen Situation im Zusammenhang mit der Energiekrise darum, im Rahmen der Berichterstattung des Oberbürgermeisters einen Part einzuführen, der sich mit diesem Thema vollumfänglich beschäftigt.

Es gibt inzwischen Auswirkungen im öffentlichen Leben, die Menschen nach 45 Jahren Arbeitstätigkeit zwingen, ihre Wohnung aufgrund der sich abzeichnenden steigenden Betriebskosten zu kündigen, was kein Einzelfall ist. Diesem Thema muss sich systematisch gewidmet werden, weil die betreffenden Felder komplex sind und sich auf das gesamte Leben in der Stadt auswirken.

Die Fraktion Die Linke hatte sich im Rahmen einer Konsultation mit dem Gebäudemanagement bemüht, eine Verständigung zur Energieproblematik und Bewirtschaftung der Gebäudesubstanz der städtischen Verwaltung herbeizuführen, führt **Herr Schöнемann** weiter aus. Bis zum heutigen Zeitpunkt besteht ein Zustand, der in so einer Situation aktionsunfähig macht. Er bittet darum, sich in der nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses darüber zu verständigen, wie diese schwierige Situation gemeistert werden kann. Wenn konstruktiv auf diese schwierige Situation eingegangen werden soll, ist ein fachliches, organisatorisches, personelles und finanzielles Aufstellen erforderlich. Dazu bedarf es einer qualifizierten Vorbereitung.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, verweist mit Blick auf die BUGA und die angekündigten vielen Touristen auf das Fehlen öffentlicher Toiletten. In den weiteren Beratungen sollte das Thema der fehlen öffentlichen Toiletten aufgenommen werden. Auf dem bevorstehenden Weihnachtsmarkt sollten die vorhandenen Toiletten geöffnet werden.

Im Zusammenhang mit der Diskussion zur Stärkung der Wirtschaft verweist **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, darauf, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus eine Beschlussvorlage mangels Teilnahme von Stadträten fast nicht beschlossen werden konnte und dass keine Erläuterung der Beschlussvorlage erfolgte, weil niemand von der Stadtverwaltung anwesend war. Die Stadtverwaltung müsste in der Lage sein, einen entsprechenden Vertreter im Verhinderungsfall des Oberbürgermeisters bzw. des Amtsleiters zu schicken. Auf die heute angesprochenen Aspekte zur Energiekrise eingehend, führt er aus, dass es einfache Parameter gibt, um dieses Dilemma zu beenden, nämlich die Russland-Sanktionen beenden und Verhandlungen zwischen Putin und der Ukraine. Auch müssten die Atomkraftwerke im Betrieb bleiben und neue Atomkraftwerke gebaut werden, wie das derzeit in Frankreich der Fall ist.

**Herr Eichelberg, Fraktion SPD**, bemerkt, wenn die Verwaltung kein qualifiziertes Personal bekommt, werden bestimmte Aufgaben nicht mehr erledigt. In der jetzigen Situation ist es schwierig, Personal ohne Animierung zu bekommen. Diesbezüglich verweist er auf den Tarifvertrag und die Möglichkeit, Bewerber nicht mit der Stufe 1 einzustellen, sondern einige Stufen zu überspringen. Deshalb sollte geprüft werden, wenn jemand mit der Vergütungsgruppe 12 eingestellt werden soll, diesen mit der Stufe 4 zu werben, was andere Landkreise inzwischen auch machen.

Des Weiteren geht **Herr Eichelberg, Fraktion SPD**, auf die Energiekrise und die Auswirkungen auf die Eigenbetriebe ein, wofür Mittel im Haushalt bereitgestellt werden müssen. Er dankt Herrn Adamek für seine eingangs gestellten Fragen.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck hat in ihrer Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass bestimmte Kostensteigerungen bei den städtischen Beteiligungen schon antizipiert worden sind, wenn man das Anhaltische Theater nimmt, stellt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** fest. Bei der DWG ist es so, dass die Mieterinnen und Mieter in der Regel eine Direktabrechnung mit den Stadtwerken haben, was in der jetzigen Situation für die DWG gut ist. Hier stellt sich eher die Frage, ob die Stadtwerke alle Rechnungen bezahlt bekommen. Was das Städtische Klinikum betrifft, hatte er mit den Betriebsleitern eine Vorberatung zur nächsten Betriebsausschusssitzung. Die Wirtschaftspläne befinden sich in der Aufstellung. Es muss geschaut werden, wie sich die Wirtschaftspläne darstellen und dann entsprechend reagiert werden. Was das Städtische Klinikum im Übrigen betrifft, wurden knapp 7 Mio. Euro Investitionszuschuss für den Kindergarten im Haushalt der Stadt eingestellt. Die Kommunen werden aber nicht alleine die Unterstützung schaffen. Deshalb sind die vom Bund und gegebenenfalls der Länder geschaffenen Maßnahmen wichtig.

**Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Bürgerliste-Neues Forum**, ergänzt die Ausführungen von Herrn Fackiner dahingehend, dass oft Energiefragen mit den Aufgaben des Klimaschutzes verwechselt werden. Der Klimaschutz ist viel umfassender zu betrachten, da mehr Aufgaben anstehen. Hier ist die Ausstattung innerhalb der Verwaltung noch nicht ausgerichtet, weil man sich nur auf ein Thema beschränkt.



## **7 Beschlussfassungen**

### **7.1 Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsstelle I der Stadt Dessau-Roßlau** **Vorlage: BV/315/2022/I-07**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, verweist zunächst auf die Vorstellung der Bewerber (Herr Seibel und Herr Schubert) im Haupt- und Personalausschuss.

Da die Mitglieder der **Stimmzählkommission** für die heutige Stadtratssitzung entschuldigt sind, werden nach freiwilliger Meldung **Frau Bahn-Kunze**, Fraktion CDU, **Herr Hartmann**, Fraktion SPD, **Herr Geiger**, Mitglied ohne Fraktion, **Herr Stein**, Fraktion AfD und **Frau Grabner**, Fraktion Die Grünen, FDP, Bürgerliste-Neues Forum als Stimmzählkommission eingesetzt.

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel. Im Anschluss wird von 17:44 Uhr bis 18:00 Uhr eine Pause durchgeführt.

Nach der Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Stimmzählkommission gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes Ergebnis bekannt:

Von 39 abgegebenen Stimmen entfallen auf Herrn Andreas Seibel 26 Stimmen und auf Herrn Franz Schubert 9 Stimmen. 4 stimmberechtigte Mitglieder haben sich enthalten.

Damit ist Herr **Andreas Seibel** als weitere Schiedsperson für die **Schiedsstelle I** der Stadt Dessau-Roßlau **gewählt**.

Herr Andreas Seibel nimmt die Wahl an.

### **7.2 Berufung eines Stadtbezirksbeirates in den Stadtbezirksbeirat Innerstädtisch Nord** **Vorlage: BV/308/2022/I-OR**

#### **Beschluss:**

Berufung von Frau Bärbel Rabe als Mitglied des Stadtbezirksbeirates Innerstädtisch Nord

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

## **7.3      Berufung Stadtwahlleiter und stellvertretenden Stadtwahlleiter** **Vorlage: BV/316/2022/II-32**

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, gibt die Vorstellung von Frau Jennifer Hankel im Haupt- und Personalausschuss und die einstimmige Empfehlung an den Stadtrat bekannt.

### **Beschluss:**

Frau Jennifer Hankel, Leiterin des Wahlamtes der Stadt Dessau-Roßlau wird zur Stadtwahlleiterin der Stadt Dessau-Roßlau, Herr Danilo Mielniczek, Sachbearbeiter Wahlen und Statistik der Stadt Dessau-Roßlau zum stellvertretenden Stadtwahlleiter berufen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

## **7.4      Novellierung des Maßnahmebeschlusses Ersatzbeschaffung des Notrufabfrage- und Vermittlungssystems für die Rettungsleitstelle Dessau-Roßlau (BV/102/2021/II-37) und Beschluss einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022** **Vorlage: BV/257/2022/II-37**

### **Beschluss:**

1. Die Umsetzung der Maßnahme Ersatzbeschaffung des Notrufabfrage- und Vermittlungssystems für die Rettungsleitstelle Dessau-Roßlau wird mit einem erhöhten Gesamtausgabebedarf von 1.200.000 Euro beschlossen.
2. Für die Maßnahme erfolgt der Beschluss einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022 in Höhe von 1.042.000 Euro.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.5      Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau  
zum 31.12.2021  
Vorlage: BV/216/2022/II-ATD**

**Beschluss:**

Der durch die unabhängige Henschke und Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Töpferplan 1, 06108 Halle (Saale) geprüfte und bestätigte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.685.504,95 EUR und einer Bilanzsumme in Höhe von 25.989.690,88 EUR wird gemäß § 19 (4) EigBG festgestellt (Formblatt 7).

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.6      Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau - Ergebnisverwendung  
Vorlage: BV/217/2022/II-ATD**

**Beschluss:**

1. Der Jahresgewinn in Höhe von 1.685.504,95 EUR wird der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.
2. Der Abschreibungswert des Jahres 2021 Altes Theater in Höhe von 129.841,62 EUR wird der zweckgebundenen Rücklage Altes Theater entnommen und der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.7      Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2021  
Vorlage: BV/218/2022/II-ATD**

**Beschluss:**

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2021 entlastet.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.8            Unternehmensangelegenheiten**  
**Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH Rodleben (IVG)**  
**Vorlage: BV/310/2022/II-20BTM**

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, stellt den **Antrag**, im § 15 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH die Worte „**und dem Landesrechnungshof**“ zu **streichen**. In der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses ist dieser Änderungsantrag bereits bestätigt worden.

Diese Änderung wurde ebenfalls im Aufsichtsrat beantragt und beschlossen, ergänzt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** weist darauf hin, dass das Kommunalverfassungsgesetz die Verwaltung anhält, diesen Passus „und dem Landesrechnungshof“ aufzunehmen. Das Landesverwaltungsamt hat das auch getan, weshalb er gegen diesen Antrag stimmen wird.

Der **Änderungsantrag** wird mehrheitlich (35:01:03) **angenommen**.

Die Beschlussvorlage wird **geändert beschlossen**.

Der Stadtrat beschließt:

1. die Umstellung des Stammkapitals der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH im Zuge der Neufassung des Gesellschaftsvertrages auf Euro.
2. die Erhöhung des Stammkapitals der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH zur Glättung um 20,81 EUR auf 51.150,00 EUR.
3. die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH (Anlage 2).

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:02

- 7.9 Radverkehrsanlagen Antoinettenstraße in Dessau-Roßlau**  
**Erhöhung der Gesamtkosten von 1.024.500 € (investiv + EGH) auf 1.191.900 € (investiv + EGH) sowie Sicherung der Gesamtfinanzierung durch Genehmigung der Erhöhung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE).**  
**Vorlage: BV/299/2022/III-66**

**Beschluss:**

Die Stadt realisiert das Bauvorhaben „Radverkehrsanlagen Antoinettenstraße in Dessau-Roßlau“. Die Gesamtkosten erhöhen sich von ehemals 1.024.500 € (investiv + EGH) auf 1.191.900 €. Die Gesamtkosten setzen sich aus dem Anteil Investitionskosten (1.036.400 €) und dem Anteil Straßenunterhaltskosten (155.500 €) zusammen.

Mit der BV/056/2022/III-66 wurde eine außerplanmäßige VE in Höhe von 500.600 € genehmigt.

Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird eine Erhöhung dieser außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung um 52.700 € bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

- 7.10 Umgestaltung Ferdinand-von-Schill-Straße und Kreuzung Katholische Kirche mit Teichstraße - Maßnahmebeschluss -**  
**Vorlage: BV/300/2022/III-66**

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste,** bemerkt, dass die Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen kann, obwohl das Gesamtvorhaben positiv betrachtet wird. Er appelliert, dass in der Ausführungsplanung die Verkehrssicherheit intensiv betrachtet wird. Bei der Ausgestaltung des Kreisverkehrs geht es um die Frage der Gestaltung des Innenkreises und um die Breite der Fahrbahn. Der Appell der Fraktion war, dass ein Überholen, auch von Fahrrädern, im Prinzip nicht möglich ist, um das Unfallrisiko zu senken, was keine Mehrheit in den Ausschüssen gefunden hat.

**Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,** führt aus, dass der Kreuzungsbereich ein stark frequentierter Schulweg ist und die Möglichkeit besteht, dass durch die Schüler der Weg zur Ferdinand-von-Schill-Straße als Abkürzung genommen wird. Er bittet um Prüfung, wie der Verkehrsfluss so geregelt werden kann, damit solche Abkürzungen vermieden werden, um die Sicherheit der Schüler und Fahrradfahrer zu gewährleisten. Weiterhin sollte direkt gegenüber der Teichstraße ein Geländer, bis zum nächsten Fußgängerüberweg, angebracht werden, um die Schüler davon abzuhalten, diese Abkürzung zu nehmen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** schließt sich den Darlegungen von Herrn Fackiner und Herrn Picek an und bitte darum, entsprechende Überlegungen anzustellen.

stellen. Wenn es um eine völlig neue Qualität des Verkehrs geht, ist kein Sicherheitsrisiko anzunehmen, wenn nachjustiert werden kann.

**Herr Frisch, Fraktion AfD**, bezieht sich ebenfalls auf den Tagesordnungspunkt 7.11 und legt dar, dass die Fraktion grundsätzlich für den Ausbau des Straßennetzes ist. Was die Johannisstraße, einschließlich der Ferdinand-von-Schill-Straße betrifft, geht es um die Verdrängung des Pkw-Verkehrs. Es besteht keine Notwendigkeit, dass die beiden Straßen nur noch als Anliegerverkehr genutzt werden können. Auf seine Frage im Ausschuss, was zukünftig weiter mit dem Verkehr passieren soll, erfolgte seitens der Verwaltung keine Antwort. Die in den Tagesordnungspunkten 7.10 und 7.11 eingeordneten Beschlussvorlagen werden seitens der Fraktion abgelehnt.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, verweist auf die mehrfach geführten Diskussionen zu den Beschlussvorlagen. Die Variante mit den Fahrradfahrern im Kreisverkehr ist ungünstig. Es gibt aber immer mehr Radfahrer, die vollwertig am Verkehr teilnehmen wollen. Es gibt dort Befürwortungen, die er nicht verstehen kann, was auch am Albrechtsplatz so war. Um nicht weiter in Verzug zu kommen, sollte die Beschlussfassung erfolgen.

**Beschluss:**

Die Umgestaltung der Ferdinand-von-Schill-Straße und der Kreuzung Katholische Kirche einschließlich Teichstraße werden, vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung, mit einer Investitionssumme in Höhe von **6.927.100 €** realisiert.

**Abstimmungsergebnis:** 24:10:05

**7.11      Umgestaltung der Johannisstraße - Maßnahmebeschluss -  
Vorlage: BV/303/2022/III-66**

**Beschluss:**

Die Stadt Dessau-Roßlau realisiert den Ausbau der Johannisstraße mit einer Investitionssumme in Höhe von **2.964.000 €**, vorbehaltlich der Sicherung der Gesamtfinanzierung.

**Abstimmungsergebnis:** 31:06:02

- 7.12 Erste Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027**  
**Vorlage: BV/279/2022/V-40**

**Beschluss:**

Der 1. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

- 7.13 Genehmigung außerplanmäßige Auszahlung zur Gewährung von Zuwendungen zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder aus Mitteln des Investitionsprogrammes des Bundes**  
**Vorlage: BV/285/2022/V-51**

**Beschluss:**

Für den verlängerten Förderzeitraum bis 31.12.2022 wird die außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 242.692,88 € genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

- 7.14 2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses zur Teilsanierung der evangelischen Kindertagesstätte „An der Kreuzkirche“ der Anhaltischen Diakonissenanstalt Dessau**  
**Vorlage: BV/288/2022/V-51**

**Beschluss:**

1. Der mit BV/167/2020/V-51 und BV/420/2021/V-51 beschlossene Gesamtbedarf in Höhe von 306.200,00 € zur Teilsanierung der evangelischen Kindertagesstätte „An der Kreuzkirche“ der Anhaltischen Diakonissenanstalt Dessau wird um 117.600,00 € erhöht und beschlossen.
2. Es wird eine außerplanmäßige Auszahlung i. H. v. 117.600,00 € genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

- 7.15      Resolution des Stadtrates Dessau-Roßlau zur inflationären Preisentwicklung für Heizkosten, Energie, Lebensmittel und die dadurch zu erwartenden Auswirkungen für unsere Bürger, unsere Wirtschaft und unsere gesamte Gesellschaft**  
**Vorlage: FV/021/2022/AfD**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers zurückgezogen.

- 7.16      Gewährleistung des barrierefreien Zugangs zum Haltepunkt Meinsdorf der Deutschen Bahn und Errichtung eines Parkplatzes und Fahrradstandes**  
**Vorlage: FV/022/2022/FrFr**

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, erläutert als Einreicher die Beschlussvorlage. Der Ortschaftsrat Meinsdorf hat am 08. September 2022 einstimmig einen gleichlautenden Beschluss gefasst, der heute als Beschluss des Stadtrates qualifiziert werden soll. Er stellt klar, dass weder die Stadt Dessau-Roßlau, noch der Meinsdorfer Ortschaftsrat, oder die involvierte Bürgerschaft, bei diesem Bauvorhaben irgendetwas übersehen haben, denn schon im Jahr 2016 hatte die Stadt Dessau-Roßlau die Barrierefreiheit eingefordert. Auf allen Bauplänen und bei jeder Bürgerinformationsveranstaltung war der Fahrstuhlschacht präsent und suggerierte eine Behindertengerechtigkeit, die jetzt fehlt. Mit einem Stadtratsbeschluss hat die Stadtverwaltung eine bessere Verhandlungsposition, wenn sie an die Verantwortlichen herantritt.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, unterstützt den Antrag von Herrn Dreibrodt zur Nachjustierung des Fahrstuhles. Stützig macht die Problematik des Beteiligungsverfahrens in den Punkten Parkplatz und Fahrradabstellfläche. Hier stellt sich die Frage, in welcher Form der Ortschaftsrat und der Stadtrat bei der Qualifizierung des Projektes beteiligt waren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sagt zur Beteiligung Parkplatz und Fahrradabstellfläche eine schriftliche Beantwortung zu.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau auf, den barrierefreien Zugang zum Haltepunkt Meinsdorf mit dem Einbau eines Aufzuges in den vorhandenen Fahrstuhlschacht durch die Deutsche Bahn und oder die NASA GmbH zu erwirken und die Errichtung eines Parkplatzes und Fahrradstandes zu veranlassen.

**Abstimmungsergebnis: 39:00:00**



---

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## **10        Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wird durch seinen **Vorsitzenden Herrn Rumpf** um 18:30 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 08.12.22

---

Frank Rumpf  
Vorsitzender Stadtrat

C. Hösel  
Schriftführer